

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden  
Verlagsnummer: 25341  
Für die Redaktion: Nr. 20011  
Schriftleitung u. Druckerei: Nr. 20011  
Dresden - K. 1., Postfach 10/15

Bezugsgebühr vom 16. bis 31. Dezember 1929 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 RM.  
Bezugsgebühr für Januar Dezember 3,40 RM. einzd. 06 Pfg. Postgebühr (ohne Postzusatz) 0,20 Pfg.  
Einzelnnummer 10 Pfg. Anzeigen: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die ein-  
seitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote  
ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., für 30 mm breite Reklameweile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg.  
Einfachzettel 30 Pfg. Nichterfüllte Aufträge gegen Voranbesahlung

Druck u. Verlag: Siebich & Neuberger,  
Dresden, Weißgerber-Str. 10/11 Dresden  
Nachdruck nur mit druck. Genehmigung  
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unberichtigte  
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

## Einheitsfront der Gläubiger im Haag Tardieus Vorbereitung zur Konferenz

### Verammlung der Finanzleute in Paris

Paris, 16. Dez. Nicht nur innenpolitisch, sondern auch in allen großen Fragen der Außenpolitik ist Ministerpräsident Tardieu die treibende Kraft. Im Innenministerium, dem Sitz Tardieus, löst eine Konferenz die andere ab. Noch spät am Sonnabend fand eine ausgedehnte Beratung über das vom Kriegsminister Maginot schon in der Kammer angekündigte Regierungsprogramm für die Befestigung der Grenzen statt. Nicht nur der Kriegsminister und der Finanzminister, sondern auch sämtliche Berichterstatter der Finanz- und Deereckskommission von Kammer und Senat nahmen an dieser Beratung teil, in der das Regierungsprogramm endgültig angenommen wurde.

Heute vormittag 9 Uhr empfing Tardieu die beiden bulgarischen Minister zu einer Besprechung über Bulgariens Tribute, und um 11 Uhr schloß sich dann eine sehr wichtige Konferenz zur Vorbereitung der Londoner Seeabstützungskonferenz an. In dieser erschienen außer Irland auch der Marine-, der Luft- und der Finanzminister. Noch ist die französische Delegation für die Londoner Konferenz nicht endgültig ernannt, und man weiß nicht, ob die Regierung außer den Fachleuten auch Parlamentarier in die Delegation berufen wird. Aber jedenfalls werden die drei Hauptdelegierten Tardieu, Briand und der Marineminister Levasseur sein.

In der Vorbereitung der zweiten Haager Konferenz versammeln sich heute, wie wir schon berichteten, auf Wunsch Tardieus die belgischen, italienischen, englischen, japanischen und französischen Finanzleute in Paris. Der Zweck dieser Beratungen ist kein anderer, als für die Anwendung und Durchführung des Youngplans eine absolute Einheitsfront der Gläubigermächte anzustreben, um diesmal im Haag jeden Streit der Gläubiger unter sich von vornherein auszuschließen. Vielmehr sollen diese von Tardieu inspirierten Vorverhandlungen, wie das „Echo de Paris“ aus der Umgebung Tardieus erfahren haben will, dazu dienen, daß die Gläubiger Deutschland am 1. Januar in geschlossenem Einheitsfront gegenüber treten können.

Das Programm, mit dem Frankreich auf die Londoner Seeabstützungskonferenz kommt, erweckt in London allem Anschein nach große Beunruhigung. So schreibt Reuters, es werde trotz des Versprechens über die Freiheit der Meere, die Abschaffung der Unterseeboote, die Einschränkung der Marinestützpunkte usw. immer deutlicher, daß die Konferenz im besten Falle höchstens zu einer Festsetzung der Verhältniszahlen der verschiedenen Kreuzerflotten führen werde. Mehr zu erwarten wäre bei der Haltung Japans und Frankreichs übertriebener Optimismus.

Die „Sunday Times“ schreibt, schon im Weltkrieg habe sich gezeigt, daß der einzig wirksame Schutz der Handelsflotte in dem System der Begleitung der Handelsschiffe durch Kriegsschiffe besteht. Wenn also Frankreich jetzt eine Flotte von mehr als 100 Unterseebooten baut, so müsse England die genügende Anzahl von Kreuzern und Zerstörern besitzen, um seine Handelsflotte auf dem Ozean zu begleiten. Auf fünf französische Kreuzer müsse England 40 Kreuzer von demselben Typ haben.

Anfolge davon würden wir, schreibt das Blatt, eine Beschränkung der englischen Kreuzerflotte auf eine bestimmte Zahl so lange nicht annehmen, bis Frankreich sich sowohl für Kreuzer wie für Unterseeboote uns gegenüber ebenfalls festsetzt.

### Herriot über Deutschlands Zahlungen

Paris, 16. Dez. Der ehemalige Unterrichtsminister Herriot erklärte u. a. auf dem Parquet in Chalons: Weil wir allein in die Ruhr gegangen sind, sind die Engländer allein nach Washington gegangen, haben sie allein über die Frage der Kriegsschulden verhandelt und haben wir uns allein einem unveröhnlichen Deutschland gegenübergefunden, das bereit zur Rache und vielleicht bereit zum Kriege war. Die Radikalsozialisten versuchten diese Lage abzuändern, als sie aus Ruder kamen. Wir haben versucht, Frieden zu schließen, und gleichzeitig haben wir Deutschland zur Zahlung veranlaßt.

Nach dem Kriege sagte man uns, Deutschland wird zahlen. Heute können wir sagen, Deutschland hat gezahlt. Von 1924 bis 1929 hat der Dawesplan Frankreich 25 Milliarden Franken eingebracht. Bevor ich dem Youngplan mein Votum erteile, muß ich wissen, was er uns einbringen wird.

Unsere Belohnung besteht darin, daß heute unsere schlimmsten Feinde die Außenpolitik der Radikalsozialisten für sich in Anspruch nehmen. Wir haben das Recht, das festzuhalten, und sind stolz darauf. Der Erfolg dieser Politik ist geeignet, den Radikalsozialisten das Vertrauen der Wähler zu gewinnen. Die Radikalsozialisten wollen aber mehr: sie wollen die Reorganisation der Gemeindefinanzen, die die Reorganisation der Schulen ermöglchen wird. Herriot schloß seine Rede mit der Aufforderung an die linken Kammerparteien, sich eng zusammenzuschließen.

Herriot hielt am Sonntagabend in Lyon noch einen Vortrag über die Vereinigten Staaten von Europa. Er entwickelte dabei dieselben Gedanken, die er auf seiner kürzlichen

Propagandareise durch Europa dargelegt hatte. Herriot betonte, daß es sich um die Schaffung eines Wirtschaftsbundes handele, der die politische Einheit eines jeden Staates unberührt lassen würde, nicht um einen Bund, in dem die Eigenarten jeder Nation untergehen würden.

### Demokratische Hebe gegen Staatssekretär Schmid Weil er seine Abgeordnetenschaft ernst nahm

Berlin, 16. Dez. Unter denjenigen völksparteilichen Abgeordneten, die am Sonnabend gegen das Vertrauensvotum für das Kabinett Müller ihre Stimme abgaben, befindet sich auch der völksparteiliche Abg. Schmid, der gleichzeitig Staatssekretär im Ministerium der besetzten Gebiete ist. Weil Staatssekretär Schmid sich nicht in der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte als Abgeordneter behindern ließ, hat jetzt in der demokratischen Presse ein Kesseltreiben gegen ihn eingesetzt, das den offensichtlichsten Zweck verfolgt, Schmid seines Staatssekretärpostens zu entsetzen. Man erklärt, es ginge nicht an, daß ein Staatssekretär gewissermaßen seinem vorgesetzten Minister das Mikroskop mit auspreche. Er müsse deshalb seine Konsequenzen ziehen.

Dieser neuerliche Versuch, die verfassungsmäßigen Rechte eines Abgeordneten anzutasten, paßt so recht in die Linie unserer Regierungspolitik, die ihm bekanntlich auch nicht gescheut hat, die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten im Zusammenhang mit dem Volksoberhoheit anzutasten. Da aber der Staatssekretär Schmid eine starke Persönlichkeit ist und sicherlich seine Fraktion hinter sich hat, wird man es nicht wagen, aus dieser Angelegenheit eine Haupt- und Staatsaktion zu machen, da die Volkspartei wahrscheinlich im gleichen Augenblick mit der Zurückziehung ihrer Minister aus dem Reichskabinett antworten würde. Es ist also nicht anzunehmen, daß gegen den Abg. Schmid vorgegangen wird.

## Die Zollvorlage im Reichstag

Berlin, 16. Dez. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung, die um 1 Uhr begann, steht die Zolltarifnovelle mit den dazugehörigen Abänderungen verschiedener Handelsverträge. Die sogenannte Zolltarifnovelle vom August 1925 läuft am 31. Dezember d. J. ab. Da stabile Verhältnisse immer noch nicht erreicht sind und zur Zeit auf Anregung des Völkerbundes ein internationales Zolltarifsystem ausgearbeitet wird, soll die Geltung dieser Zolltarifnovelle auf unbestimmte Zeit verlängert werden. Änderungen der jetzt geltenden Zollsätze sind nur dort in Aussicht genommen, wo ganz besondere Gründe dafür sprechen. Wo Zölle handelsvertraglich gebunden oder herabgesetzt sind, ist von Erhöhungen der autonomen Zölle abgesehen worden, um die Kündigung von Handelsverträgen zu vermeiden. Das System der geltenden Zölle wird beibehalten.

Neu festgesetzt werden Mindestzölle für Rindfleisch auf 24,50 RM., Schafe 22,50 RM., Schweine 16 RM., Schweinefleisch 22 RM., anderes Fleisch 45 RM. für den Doppelzentner. Der Zollsatz für Roggen soll 7 RM. betragen, er soll auf 9 RM. erhöht werden, wenn der Durchschnittspreis unter 22 RM. sinkt, auf 5 RM. ermäßigt werden, wenn der Preis über 24 RM. steigt. Der normale Weizen soll 7,50 RM. betragen, er soll bei einem Preis von weniger als 25 RM. auf 9,50 RM. erhöht, bei Ueberschreitung eines Preises von 27 RM. auf 5,50 RM. ermäßigt werden. Der normale Gerstensoll von 7 RM. soll auf 9 RM. erhöht werden, wenn der Preis unter 25 RM. sinkt, er soll auf 5 RM. ermäßigt werden, wenn der Preis über 27 RM. steigt.

Bei der beweglichen Regelung der Getreidezölle glaubt die Regierung, die Einfuhrscheine nicht ohne weiteres den Preis wechselnden Zollfüßen anpassen zu können. Sie schlägt deshalb vor, daß der Wert der Einfuhrscheine für Roggen, Weizen und Hafer wie bisher beibehalten wird, bis der Zoll auf 5 Mark für Roggen und Hafer und 5,50 Mark für Weizen sinkt. Der Reichsrat dagegen wünscht den tatsächlichen Zollfuß zugrunde zu legen, bei Roggen und Hafer jedoch 6, bei Weizen und Gerste 6,50 Mark, solange die Zollsätze für Roggen und Hafer 7 oder 9 Mark und bei Weizen 7,50 Mark oder 9,50 Mark betragen.

Als Maßstab schlägt die Regierung das 1½fache des Gerstensolles zusätzlich einer Schutzspanne von 6 Mark vor. Die vom Reichsrat beschlossene Schutzspanne von 8 Mark hält die Regierung für zu hoch.

Auch verschiedene Industriezölle werden durch die Zollnovelle neu geregelt, eine Erhöhung ist namentlich für Schuhe vorgesehen, neu eingeführt wird ein Aluminiumzoll. Die vom Reichsrat beschlossene Erhöhung der Kammergarnzölle, der Baumwollgarnzölle und der Zölle für Baumwollgewebe hat die Regierung dagegen nicht in ihrer Vorlage aufgenommen. Das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag mit der Schweiz bezieht sich auf Aluminium-Halbfabrikate, der Zusatz zum Handelsabkommen mit Frankreich erleichtert die Einfuhr von Nigetterrauben und bringt den französischen Verzicht auf die bisherige Regi-zollbindung. Das Zusatzabkommen mit Schweden bringt Deutschland die Befreiung von der Bindung der Zölle für

### General Graf zu Dohna †

Marienwerder, 16. Dez. Wie die „Beichselzeitung“ meldet, ist Graf und Burggraf zu Dohna, Generaladjutant des ehemaligen Kaisers und General der Kavallerie a. D., im Alter von 78 Jahren am Montag früh zwei Uhr auf Schloss Finkenstein an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

### Der Südtiroler Freiheitskämpfer Dr. Noldin †

Junshrad, 16. Dez. Rechtsanwalt Dr. Noldin, der bekannte Vorkämpfer für Südtirols Freiheit, ist am Sonntagabend in einem Bozener Sanatorium gestorben. Im Sommer 1928, 1 1/2 Jahre nach seiner Verbannung auf die Insel Lipari, wurde er dort von einer schweren Erkrankung, der sogenannten Liparitids, befallen und wurde nicht mehr völlig gesund. Kurz vor Weihnachten 1928 wurde er in Freiheit gesetzt und glaubte nun endlich als ruhiger Staatsbürger in seiner Heimat leben zu können. Jedoch wurde ihm zunächst nicht mehr die Bewilligung erteilt, seine Rechtsanwaltspraxis weiterzuführen. Im Mai 1929 mußte er sich wegen eines Magenkrebserkrankung in ärztliche Behandlung begeben. Dr. Noldin hat die italienischen Behörden um die Ausstellung eines Reisepasses zur Reise nach Karlsbad, doch wurde ihm die Ausstellung des Reisepasses verweigert. Im Sommer 1929 wurde er in Meran operiert, ohne daß die Operation eine Besserung seines Leidens herbeiführt hätte.

### Berufung des Staatsanwalts im Stolberg-Prozeß

Breslau, 16. Dez. Wie die Justizpressestelle mitteilt, hat in der Angelegenheit des Grafen Stolberg nunmehr auch der Oberstaatsanwalt gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Der Herr Reichspräsident empfing den früheren jugoslawischen Ministerpräsidenten, jetzigen Vorkonkurrenzminister Korošec (Sprich: Korošch), der von dem Berliner jugoslawischen Gesandten begleitet war.

### Getreide, lebende Schweine und frisches Fleisch, Finnland verzichtet in einem Zusatzabkommen auf die bisherigen Zollbindungen für Milch und Butter.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding begründet die Vorlage. Die Reichsregierung konnte bei der Verlängerung des Zollgesetzes die Wünsche verschiedener Industriezweige nicht berücksichtigen. Es wäre gefährlich, wenn von Deutschland eine neue Welle des Protektionismus ausgehen würde gerade in einer Zeit, in der überall auf einen Abbau der Zollmauern hingewirkt wird.

Der englische Vorschlag für einen Zollfrieden hat gerade für die deutsche Wirtschaft die höchste Bedeutung. Wir hoffen, daß es in einer solchen Atmosphäre gelingen würde, den Kampf gegen den Protektionismus auf internationaler Basis zu führen. Heute im Zeitalter der industriellen Konzentration und Organisation haben die Zölle eine ganz andere Bedeutung als früher. Sie dienen nicht mehr dem Schutz der schwachen Industrien, sondern sie erleichtern den starken Industrien die internationale Kartellbildung.

Die Vorlage der Landwirtschaft wird allgemein anerkannt. Mit Völlen allein ist diese Vorlage nicht zu beheben. Wenn durch Zollserhöhungen der Preis gesteigert wird, so muß andererseits der Konsumtion gegen zu stark Preissteigerungen geschützt werden. Diesem Zwecke dient das System des Weltzolls. Damit wird auch den Produzenten gedient, die ein Interesse an stabilen Preisen haben. Die Krise im Getreidebau muß in der Hauptsache durch organisatorische Maßnahmen auf dem Getreidemarkt überwunden werden.

Hohere Einfuhrscheine sind nicht das geeignete Hilfsmittel. Es liegt nicht im Interesse der deutschen Wirtschaft, deutschen Roggen unter den Produktionskosten ins Ausland zu werfen. Beim Roggen ist Polen das einzige Konkurrenzland Deutschlands. Gelinzt es, mit Polen zu einem Uebereinkommen zu gelangen, so könnte vieles besser werden.

Abg. Öhrle (N.) erklärt, die Genfer Weltwirtschaftskonferenz habe nicht den mindesten praktischen Erfolg gehabt. In Wirklichkeit habe ein internationales Welttarif im Jollwesen eingeführt. Deutschland habe den Ehrgeiz, dabei an der Spitze zu marschieren. Der vorliegende Entwurf sei ein neuer Beweis dafür.

Weber die Regierungsparteien noch die Deutschnationalen haben zur ersten Lesung der Zollvorlage im Plenum das Wort ergriffen. Die eigentliche Diskussion wird sich im handelspolitischen Ausschuss abspielen, der nach dem Plenum im Laufe des Nachmittags zusammentritt.

Der handelspolitische Ausschuss des Reichstages hat eine Entschlossenung vorgelegt, die die Regierung ersucht, in den schwedischen Handelsvertragsverhandlungen ohne vorherige Zustimmung des Ausschusses keine Bindung der Zölle für lebende Schweine und Schweinefleisch zu vereinbaren.